



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian Ritter, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Einsetzung eines eigenen bayerischen „Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verpflichtet sich erneut, jeder Form des Judenthums und des Antisemitismus schon im Entstehen in aller Konsequenz entschlossen zu begegnen. Wir sind glücklich darüber, wieder jüdisches Leben und jüdische Kultur als selbstverständlichen Teil einer pluralistischen deutschen Bevölkerung unter uns zu haben.
2. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, federführend beim Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales in Abstimmung mit dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, dem Zentralrat der Juden und dem Bayerischen Bündnis für Toleranz die Einsetzung eines eigenen bayerischen „Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“ (BayUEA) auf den Weg zu bringen und dem Landtag innerhalb eines halben Jahres ein Konzept zur näheren Ausgestaltung dieses Beratungsgremiums vorzulegen.

Das Gremium soll ausgewogen mit Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und aus der Praxis besetzt sein.

Der BayUEA hat die Aufgaben, orientiert an der Arbeit der beiden Unabhängigen Expertenkreise Antisemitismus auf Bundesebene, einen Expertenbericht zu erstellen:

- mit einem Lagebild zu antisemitischen Einstellung in Bayern und möglichen regionalen Besonderheiten und Handlungsfeldern,
- mit konkreten Maßnahmen für die Bereiche Prävention und Repression, aufbauend auf den Erfahrungen bisheriger Konzepte, orientiert an den Erfahrungen der beiden UEAs auf Bundesebene mit einem Fokus auf Maßnahmen, die auf Landesebene umgesetzt werden können, mit Fokus auf die Bereiche der Bildung, Erwachsenenbildung, Polizei und Justiz

und Modellprojekte zu benennen, die sich im Kampf gegen Antisemitismus bewährt haben und die dauerhaft fortgeführt werden sollen.

Einzubeziehen in die Arbeit der UEA sind in geeigneter Form, als Mitglieder oder beratend, mit Expertisen oder Gastvorträgen:

- Vertreterinnen und Vertreter aller jüdischen Gemeinden in Bayern,
- Beratungsstellen für Opfer von Gewalt und Diskriminierung,
- die pädagogischen Leiterinnen und Leiter der KZ-Gedenkstätten und Konzentrationszentren,
- Vertreterinnen und Vertreter des Bayerischen Jugendrings, die Regionalbeauftragten für Demokratie,

- Expertinnen und Experten aus dem Bereich der Salafismusprävention,
- Expertinnen und Experten zu (antisemitischen) Vernichtungsphantasien in Verschwörungstheorien, etwa Beauftragte für Weltanschauungsfragen der Kirchen,
- Expertinnen und Experten für Antisemitismus und „Hatespeech“ in den sozialen Netzwerken,
- den Antisemitismusbeauftragten bei den Generalstaatsanwaltschaften,
- zivilgesellschaftliche Monitoringstellen für antisemitische Vorfälle wie RIAS Bayern oder die Antifaschistische Informations-, Dokumentation-, und Archivstelle (a.i.d.a. e.V.),
- Vertreterinnen und Vertreter der Polizeigewerkschaften,
- der Deutsche Gewerkschaftsbund,
- Vertreterinnen und Vertreter jüdischer Sportvereine und jüdische Sportlerinnen und Sportler,
- Expertinnen und Experten aus den bisherigen UEA auf Bundesebene, soweit sie nicht selbst zu Mitgliedern des BayUEA berufen wurden.

Begründung:

Der Anschlag von Halle hat erneut den Vernichtungswillen antisemitisch eingestellter Täter gezeigt. Die bislang von mutmaßlichen Täter vorliegenden Bekenntnisse zeigen auch, wie anschlussfähig Judenhass an Verschwörungstheorien, Antifeminismus und völkische Narrative wie „der große Austausch“ ist.

Untersuchungen der Einstellungsforschung zeigen zudem den Fortbestand antisemitischer Mythen und Klischees im Alltag. „Jude“ gilt weiterhin als ein oft gebrauchtes Schimpfwort, gerade unter Jugendlichen. Auch unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit wirken antisemitische und generell menschenfeindliche Parolen und Handlungen auf die Opfer verletzend und ausgrenzend. Unsere Aufgabe ist es daher, nicht nur Straftaten zu bekämpfen, sondern auch antisemitischen Einstellungen zurückzudrängen.

Auf Bundesebene wurde bereits zwei Mal ein entsprechendes Gremium eingesetzt, das neben Vorschlägen für die Bundesebene auch Vorschläge ausgearbeitet hat, die von den Ländern umgesetzt werden sollten. Hieran kann angeknüpft und auf spezifisch bayerische Besonderheiten eingegangen werden. Nach Möglichkeit soll sich die Staatsregierung bemühen, mindestens zwei Mitglieder der UEA auf Bundesebene für die bayerische Kommission zu gewinnen.